

Wasser- und Abwasserzweckverband „Der Teltow“

X		Beschlussvorlage
		öffentlich
		nichtöffentlich
Einreicher: Verbandsleitung	Datum: 05.12.2022	Drucksache Nr. 26/2022

Sitzungstermin

Beratungsfolge

Verbandsausschuss

Verbandsversammlung **14.12.2022**

Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren zur anteiligen Deckung der Kosten für die leitungsgebundene öffentliche Entwässerungsanlage des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ für Schmutzwasser (Schmutzwassergebührensatzung – SGebS)

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt die beiliegende Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren zur anteiligen Deckung der Kosten für die leitungsgebundene öffentliche Entwässerungsanlage des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ für Schmutzwasser (Schmutzwassergebührensatzung – SGebS)

Beratungsergebnis:

Gremium: Verbandsversammlung:				Sitzung am: 14.12.2022		TOP 9
einheitlich	mit Stimmenmehrheit	JA	NEIN	ungültig	lt. Beschl.-vorschlag	abweich. Beschluss
			
Leiter der Sitzung: Herr Goetz						

Verbandsleitung:

Für die Richtigkeit: gez. D. Rix

Vorsitzender der Verbandsversammlung:

Einreicher: gez. M. Grubert

Finanzielle Auswirkungen?

ja:

nein: x

Begründung:

Das VG Potsdam hat in einem gebührenrechtlichen Verfahren des WAZV „Der Teltow“ Bedenken hinsichtlich der bis 2020 geltenden Maßstabsregelung der Grundgebühr geäußert und darauf hingewiesen, dass diese Bedenken im Falle einer Entscheidung durch Urteil möglicherweise zur Nichtigkeit der gebührenrechtlichen Regelungen der Satzung über die Erhebung von Anschlussbeiträgen, Kostenerstattung für den Grundstücksanschluss und Gebühren zur Deckung der Kosten für die Entwässerungsanlage von Schmutzwasser und Fäkalschlamm im Verbandsgebiet des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ (Beitrags-, Kostenerstattungs- und Gebührensatzung – BKGS vom 09.09.2009, zuletzt geändert durch die 8. Änderungssatzung vom 23.11.2022) führen könnte.

Die angefochtene Gebührenfestsetzung betrifft das Gebührenjahr 2020, für das noch die Regelung des § 16 Abs. 3 Satz 1 BKGS in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 14. September 2011 maßgeblich war. Die seinerzeit vorgesehene Abstufung der Grundgebührensätze begegnet aus Sicht des Gerichts erheblichen rechtlichen Zweifeln, die auf die Gültigkeit der gebührenrechtlichen Bestimmungen insgesamt durchschlagen könnten.

Nach der Rechtsprechung des OVG Berlin-Brandenburg müssen die Gebührensätze für unterschiedlich große Wasserzähler im Wesentlichen gleichmäßig entsprechend dem Anstieg der Nennleistungen der verschiedenen großen Wasserzähler steigen (Urteil vom 13. August 2019 – OVG 9 A 5.17 –, Rn. 31; vgl. auch VG Cottbus, Urteil vom 19. Mai 2022 – 6 K 1213/19 –, Rn. 27). Dass diesem Erfordernis die Staffelung der Grundgebühr aus 2011 Rechnung trägt, war für das VG Potsdam nicht erkennbar. Für eine Zählergröße bis Q_n 2,5 (nunmehr: Q₃ = 4) hielt die seinerzeit geltende Staffelung keine gesonderte Tarifstufe. Vielmehr waren danach alle Grundstücke zum Tarif für eine höhere Zählergröße bis Q_n 6 (nunmehr: Q₃ = 10) zu veranlagen.

Der Zweckverband hat durch die 6. Änderungssatzung mit Wirkung zum 1. Januar 2021 eine eigene Tarifstufe für die kleinere Zählergröße bis einschließlich Q₃ = 4 (vormals Q_n 2,5) eingeführt.

Nach den Hinweisen des VG Potsdam ist davon auszugehen, dass die Regelungen zu den Benutzungsgebühren in der derzeitigen BKGS in künftigen gebührenrechtlichen Verfahren keinen Bestand haben werden. Die Unwirksamkeit dieser Vorschriften wirkt sich auch auf die Erhebung von Benutzungsgebühren nach der 8. Änderungssatzung zur BKGS aus, da die Unwirksamkeit von abgabenrechtlichen Regelungen der BKGS vom 09.09.2009 durch die 8. Änderungssatzung nicht behoben werden kann. Deshalb ist es erforderlich, die Erhebung von Schmutzwassergebühren formal durch Beschluss und Bekanntmachung einer neuen Schmutzwassergebührensatzung zu regeln.

Im Sinne einer klaren Gestaltung der satzungsrechtlichen Vorschriften ist es geboten, die bestehenden gebührenrechtlichen Regelungen der BKGS außer Kraft zu setzen und die gebührenrechtlichen Bestimmungen in einer eigenständigen Schmutzwassergebührensatzung (SGeBS) zu treffen. Die SGeBS soll rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft treten, um für die Erhebungszeiträume ab 2021 eine satzungsrechtliche Grundlage für die Gebührenerhebung zu schaffen.

Die in der 8. Änderungssatzung zur BKGS beschlossenen Änderungen sind in der Neufassung der SGeBS unverändert übernommen worden, so dass die Veranlagung zu Benutzungsgebühren in diesen Zeiträumen inhaltlich nicht geändert wird.

Anlage:

Beschlussvorlage

DS 26/2022

Änderung/Ergänzung des Beschlussvorschlages

--